



Tarifrunde 2017: Übernahme garantiert

Am 18. Januar ist es so weit. Dann beginnen in Potsdam die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder. Bereits vier Wochen später, nach zwei weiteren Verhandlungsrunden am 30./31. Januar und 16./17. Februar, soll das Ergebnis stehen. Das haben die Gewerkschaften, darunter die GdP, im Vorfeld der Tarifverhandlungen mit den Vertretern der Länder vereinbart. Kommt es zum Abschluss, hat er in NRW nicht nur für die Tarifbeschäftigten unmittelbare Auswirkungen, sondern auch für alle Beamtinnen und Beamten. Denn bereits im Mai vergangenen Jahres hatte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) den Gewerkschaften verbindlich zugesagt, dass in NRW der Tarifabschluss 2017 ohne inhaltliche Abstriche auf die Beamten übertragen wird. Lediglich beim Zeitpunkt des Inkrafttretens der Besoldungserhöhung müssen sie drei Monate länger warten als ihre Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarifbereich.

Auch wenn die Verhandlungen selbst noch nicht begonnen haben, deutet bislang alles darauf hin, dass es diesmal zu einem schnellen Tarifabschluss kommen kann. Dazu tragen auch die heraufziehende Landtagswahl am 14. Mai und die im Herbst folgende Bundestagswahl bei. Angesichts der nach wie vor kräftig sprudelnden Steuereinnahmen auf der einen und unsicherer Mehrheitsverhältnisse bei der Landtags- und der Bundestagswahl auf der anderen Seite, können es sich die Parteien kaum leisten, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in dieser Tarifrunde erneut von der Einkommensentwicklung in anderen Branchen abzukoppeln – so, wie sie das in den vorangegangenen Tarifrunden immer wieder versucht haben. Ein Selbstläufer ist die Tarifrunde 2017 dennoch nicht. Auch diesmal hängt das Tarifergebnis entscheidend davon ab, wie gut es den Gewerkschaften gelingt, ihre Mitglieder für einen hohen Tarifabschluss zu mobilisieren.

Bereits Ende Oktober vergangenen Jahres hat deshalb die Große Tarifkommission der GdP NRW (GTK) ein erstes Mal getagt, um ihr Forderungspaket zu erarbeiten. Am 12./13. Dezember, nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe, wurde es in die Bundestarifkommission (BTK) der GdP eingebracht. Einen Tag später, am 14. Dezember, haben dann die Vertreter der GdP und der anderen Gewerkschaften

des öffentlichen Dienstes, ver.di und GEW, sowie des Deutschen Beamtenbundes ihr gemeinsames Forderungspaket formuliert. Denn am Verhandlungstisch in Potsdam treten die Gewerkschaften zusammen auf. Um die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften nicht zu schwächen, ist die Tarifforderung der Gewerkschaften bis zu diesem Zeitpunkt Verschlussache. Trotzdem waren bereits im Vorfeld die Erwartungen an die Tarifrunde 2017 hoch. „Ich erwarte, dass auch der Verhandlungsführer der Länder, der niedersächsische Finanzminister Peter-Jürgen Schneider, angesichts der in mehreren Ländern anstehenden Landtagswahlen und der heraufziehenden Bundestagswahl ein großes Interesse hat, zügig zu einem einvernehmlichen Ergebnis zu kommen“, betont GdP-Tarifvorstand Jutta Jakobs. „Trotzdem werden die Verhandlungen nicht einfach sein“, ergänzt sie.

Die GdP geht davon aus, dass es auch in dieser Tarifrunde erforderlich sein wird, den Bundesländern mit einer Großdemonstration in Düsseldorf ein klares Signal zu geben, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu

Arbeitskampfmaßnahmen bereit sind, sollten die Länder kein faires Angebot auf den Tisch legen. Als möglicher Zeitpunkt gilt die Woche unmittelbar im Vorfeld der dritten, wahrscheinlich entscheidenden Verhandlungsrunde am 16./17. Februar. Während der letzten Tarifrunde im Frühjahr 2015 hatte die GdP ihre Mitglieder nicht nur zur Teilnahme an einer Großdemonstration aller Gewerkschaften mit immerhin 20 000 Teilnehmern in Düsseldorf aufgerufen, sondern auch mit zahlreichen kleineren fantasievollen Aktionen und mit symbolischen Arbeitsniederlegungen für einen hohen Tarifabschluss geworben. Sollten sich die Länder wider Erwarten auch diesmal querlegen, plant die GdP für 2017 ähnliche Aktionen.

Über den Verlauf der Tarifverhandlungen und die geplanten Aktionen wird die GdP fortlaufend auf ihrer Homepage und über ihre neuen Social-Media-Kanäle informieren.



2017: Die eigentliche Bewährungsprobe steht der Polizei noch bevor



Nichts hat die Polizei in den letzten Jahrzehnten so sehr verändert wie diese beiden Ereignisse: Am 7. Januar 2015 stürmen zwei maskierte Täter des islamistischen Terrornetzwerks al-Qaida die Redaktionsräume der Satirezeitschrift Charlie Hebdo in Paris und erschießen rücksichtslos elf Redaktionsmitglieder und einen Polizisten. Acht Monate später, am 13. November 2015, folgt der Anschlag auf den Musikclub Bataclan mit

130 Toten. Das ist das eine Ereignis. Das zweite ist die sexuelle Belästigung Hunderter von Frauen in der Kölner Silvesternacht 2016. Ein Ereignis, dass vor allem deshalb für eine nachhaltige Erschütterung gesorgt hat, weil die Taten unter den Augen der Polizei stattgefunden haben, ohne dass die vor Ort eingesetzten Polizistinnen und Polizisten eine Chance halten, den bedrängten Frauen helfen zu können.

So unterschiedlich beide Ereignisse auch sind – beide haben so nachhaltige Veränderungen in der Polizei ausgelöst, wie es sie seit den Zeiten des RAF-Terrors nicht mehr gegeben hat. Inzwischen hat die rot-grüne Landesregierung nicht nur ein 15-Punkte-Programm zur Stärkung der Inneren Sicherheit aufgelegt, sondern auch die Zahl der Neueinstellungen in NRW auf 2000 Nachwuchspolizistinnen und -polizisten pro Jahr erhöht. Gleichzeitig wurden in NRW fast 500 zusätzliche Stellen im Tarifbereich bereitgestellt. Nachhaltige Verbesserungen gab es auch bei der Ausrüstung. Von der Anschaffung von 10 000 Schutzwesten, die auch dem Beschuss mit einer Kalaschnikow standhalten, bis zur Anschaffung eines Zielerfassungssystems für die MP 5 – und bei den Zulagen für den gesamten SE-Bereich.

Selbst die Bodycam kommt jetzt. Und beim Schmerzensgeld für die im Dienst verletzten Kolleginnen und Kollegen tritt die Landesregierung in Zukunft in Vorkasse, wenn der Täter zahlungs- oder schuldunfähig ist. Zudem hat Rot-Grün eine Bundesratsinitiative angekündigt, damit Angriffe auf Beamte in Zukunft von den Gerichten als strafverschärfend gewertet werden, und nicht, wie bislang oft üblich, als strafmildernd. Alles Forderungen, für die die GdP lange gekämpft hat, bei denen sie aber in der Politik lange auf taube Ohren gestoßen ist.

Das ist jetzt anders. Seit den Terroranschlägen von Paris und seit der Kölner Silvesternacht hat die Politik die Innere Sicherheit wieder als Thema entdeckt. Plötzlich gilt der Schutz der Bürgerinnen und Bürger wieder etwas! Die eigentliche Bewährungsprobe steht der Polizei dennoch erst bevor. Denn es wird Jahre dauern, bis die von der Politik zugesagte Verstärkung in den Wachen vor Ort wirklich angekommen ist. Dafür waren die Einschnitte in der Vergangenheit zu groß. Und es wird Jahre dauern, bis die Polizei überall so aufgestellt ist, dass sie nicht nur der drohenden Terrorgefahr wirksam entgegentreten kann, sondern auch der um sich greifenden Alltagskriminalität – von den Wohnungseinbrüchen bis zur Cyberkriminalität.

Deshalb: Ein Anfang ist gemacht, aber wir müssen das Thema Innere Sicherheit weiter auf der politischen Tagesordnung halten. Und wir müssen darauf achten, dass das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf wirksamen Schutz vor Straftaten nicht unter die parteipolitischen Räder gerät. Erst recht jetzt nicht – im gerade beginnenden Wahljahr 2017.

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

Ein Jahr nach der Kölner Silvesternacht: Nur wenige Verurteilungen

Mit einem Großaufgebot an Beamtinnen und Beamten hat die Kölner Polizei seit Anfang vergangenen Jahres versucht, die dramatischen Ereignisse während der Kölner Silvesternacht aufzuarbeiten und die Täter zu überführen. Zwölf Monate später fällt die Bilanz eher ernüchternd aus: Nach vorläufigen Zahlen der Kölner Staatsanwaltschaft, über die der Berliner Tagesspiegel Anfang Dezember berichtet hat, haben insgesamt 1300 Personen Anzeige erstattet, weil sie sexuell bedrängt oder beraubt worden sind, darunter 662 Frauen, die sexuelle Übergriffe erlitten haben.

Polizei und Staatsanwaltschaft konnten insgesamt 333 Beschuldigte ermitteln. Weil der konkrete Tatnachweis aber nur schwer zu erbringen ist, wurden bis Anfang Dezember jedoch lediglich 22 Täter verurteilt. Die meisten wegen Taschendiebstahls, nicht wegen der sexuellen Übergriffe. 124 Verfahren mussten sogar eingestellt werden. Auch beim Strafmaß fällt die Bilanz eher ernüchternd aus. Die höchste

Strafe erhielt ein aus Algerien stammender Täter. Er wurde wegen räuberischer Erpressung zu einem Jahr und elf Monate auf Bewährung verurteilt. Bei anderen Tätern fiel die Strafe dagegen geradezu milde aus. Ein Iraker hatte laut Berliner Tagesspiegel eine Frau gegen ihren Willen geküsst und über das Gesicht geleckt. Ein Algerier hatte dem Verlobten eines Opfer gesagt: „Give me the girl or tot.“ Beide wurden vom Amtsgericht Köln zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt.



Damit ist eingetreten, was viele unmittelbar nach der Kölner Silvesternacht immer wieder befürchtet haben: Dass sich viele Straftaten wegen der völlig unübersichtlichen Situation auf der Kölner Domplatte und wegen der oft erst viel später eingegangenen Strafanzeigen vermutlich nicht mehr aufklären lassen. Und dass das bisherige Sexualstrafrecht völlig ungeeignet ist, um Frauen vor sexuellen Übergriffen zu schützen. Beides will die Politik in Zukunft verhindern.

Beim Sexualstrafrecht hat der Bundestag im Juli vergangenen Jahres eine Strafrechtsverschärfung beschlossen, mit der sexuelle Übergriffe unterhalb der Schwelle einer Vergewaltigung besser bestraft werden können. Zudem ist das Ausländer- und das Asylrecht inzwischen so verschärft worden, dass Straftäter mit Migrationshintergrund schneller abgeschoben werden können. Die Politik hat damit auf die Tatsache reagiert, dass viele der in Köln ermittelten Tatverdächtigen aus dem nordafrikanischen Raum stammen. Von den 333 Tatverdächtigen, die die Polizei ermitteln konnte, stammen 95 aus Algerien, 82 aus Marokko und 36 aus dem Irak. Nur 26 Beschuldigte waren Deutsche. Erste Anzeichen für einen hohen Migrantenanteil unter den Tatverdächtigen hatte es bereits unmittelbar nach der Kölner Silvesternacht gegeben. GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert hatte deshalb schon seit dem 4. Januar vergangenen Jahres in zahlreichen Interviews immer wieder gefordert, die Herkunft der Tatverdächtigen nicht zu ver-

schweigen, weil diese Erkenntnis zum Verstehen der dramatischen Ereignisse während der Kölner Silvesternacht wesentlich ist. Die Politik hatte dagegen versucht, diesen Zusammenhang zunächst zu verschweigen, auch um Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wegen ihrer Politik der offenen Grenzen nicht in die politische Schusslinie zu bringen. Auch die Kölner Polizei hatte in ihrer Öffentlichkeitsarbeit nur zögerlich auf die Herkunft der Tatverdächtigen hingewiesen. Ein Umstand, der später mit zur Absetzung von Polizeipräsident Wolfgang Albers geführt hat.

Um eine erneute Kölner Silvesternacht zu verhindern haben die Landespolizei von NRW, die Bundespolizei und das städtische Ordnungsamt inzwischen ein neues Sicherheitskonzept für die Kölner Domplatte entwickelt. Es reicht von einer massiven Erhöhung der Einsatzstärke der Polizei über die Einrichtung von Zugangsbarrieren während der Silvesternacht bis zum Ausleuchten dunkler Ecken. Ende November haben Bundesinnenminister Thomas de Maizière und die Innenminister mehrerer Bundesländer zudem auch für andere Städte ein vergleichbares Sicherheitskonzept vorgestellt. Denn Übergriffe wie in Köln hat es auch in Stuttgart, Hamburg und München gegeben.

Damit es kein zweites Köln gibt, hat die Polizei in NRW für die Silvesternacht 2016/2017 alle ihr zur Verfügung stehenden Kräfte mobilisiert. Neben den 18 Einsatzhundertschaften wurde auch für alle 18 Alarmzüge Dienst angeordnet.

Weg für die Bodycam endgültig frei gemacht

Mit den Stimmen von SPD und Grünen hat der Landtag am 1. Dezember über eine Änderung des Polizeigesetzes den Weg für den Einsatz der Bodycam in NRW endgültig frei gemacht. In einem mit 300 000 Euro finanzierten Pilotprojekt soll die Bodycam in fünf Polizeibehörden auf ihre Einsatztauglichkeit getestet werden. Die Kameras sollen helfen, die Zahl der Angriffe auf Polizisten nachhaltig zu reduzieren und die Täter besser zu verfolgen. Anders als in anderen Bundesländern, die bereits seit längerem Bodycams einsetzen, sollen die Kameras in NRW auch bei Einsätzen in Privatwohnungen genutzt werden, zum Beispiel bei Einsätzen gegen häusliche Gewalt (DP 11/2016).

Mit dem Start des Pilotprojekts setzt die rot-grüne Landesregierung eine langjährige Forderung der GdP um, die in der Vergangenheit immer wieder darauf gedrängt hatte, dass in NRW die rechtlichen Voraussetzungen zum Einsatz von Bodycams geschaffen werden. Die GdP geht davon aus, dass der Einsatz der Bodycam nach einem erfolgreichen Verlauf des Pilotprojekts in Zukunft in allen Polizeibehörden in NRW möglich sein wird.

Landesregierung will Beamtenbeleidigung einen Riegel verschieben

Lange Zeit sind Beleidigungen von Polizistinnen und Polizisten für die Täter folgenlos geblieben. Selbst massive körperliche Attacken blieben vor Gericht oft ungesühnt. Mit zwei fast zeitgleich gestarteten Gesetzesinitiativen wollen die rot-grüne Landesregierung von NRW und die Innenminister der Länder das jetzt ändern:

Weil es immer mehr Angriffe auf die Polizisten gibt, hat die rot-grüne Landesregierung Mitte November eine Bundesratsinitiative angekündigt, nach der die Tatsache, dass eine Beleidigung

oder ein körperlicher Angriff einem Amtsträger gilt, in Zukunft von den Gerichten als strafverschärfend gewertet werden muss. In der Vergangenheit war häufig das Gegenteil der Fall. Viele Richter haben die Ansicht vertreten, dass die Beleidigung eines Polizisten quasi zu dessen Berufsrisiko zählt, und sind zu einem eher milden Urteil gekommen. Setzt sich NRW mit seiner Gesetzesinitiative im Bundesrat durch, geht das in Zukunft nicht mehr.

Ende November hat zudem die Innenministerkonferenz des Bundes und

der Länder (IMK) auf ihrer Herbsttagung in Saarbrücken beschlossen, dass für gewalttätige Angriffe auf Polizisten und Rettungssanitäter eine Mindeststrafe von sechs Monaten eingeführt werden soll. Die IMK greift damit eine Forderung der GdP auf, die bereits seit Jahren fordert, dass das Strafrecht so verschärft wird, dass die Täter nicht ungeschoren davonkommen. Bislang ist diese Forderung nur von einzelnen Bundesländern unterstützt worden, jetzt wird sie von allen Ländern und vom Bundesinnenminister mitgetragen.



Auch mit einer weiteren Forderung konnte sich die GdP durchsetzen: Bislang erhalten Polizistinnen und Polizisten, die im Dienst angegriffen und verletzt werden, kein Schmerzensgeld, wenn der Täter zahlungsunfähig ist. Der Anspruch auf Schmerzensgeld, der ihnen zuvor von einem Gericht zuerkannt worden ist, läuft in diesem Fall ins Leere.

In Zukunft wird das in NRW anders sein: Am 13. November, unmittelbar

vor dem Beginn der von der Landesregierung ins Leben gerufenen Woche des Respekts, hat Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) angekündigt, dass das Land bei den Schadensersatzansprüchen für verletzte Polizistinnen und Polizisten in Zukunft in Vorkasse treten wird. Die GdP hatte das immer wieder gefordert, weil die Polizisten nicht als Privatpersonen angegriffen werden, sondern weil sie den Staat schützen. Ausschlaggebend für den

Meinungswandel der Landesregierung, diese Forderung der GdP aufzugreifen, war allerdings ein trauriger Anlass. Am Wochenende vor der Woche des Respekts war es in Düren zu einem brutalen Übergriff auf Kolleginnen und Kollegen gekommen. Neun Beamte sind dabei verletzt worden, mehrere von ihnen sogar schwer. Ähnliche Vorfälle gab es in den letzten Wochen auch in anderen Städten in NRW, darunter in Krefeld.

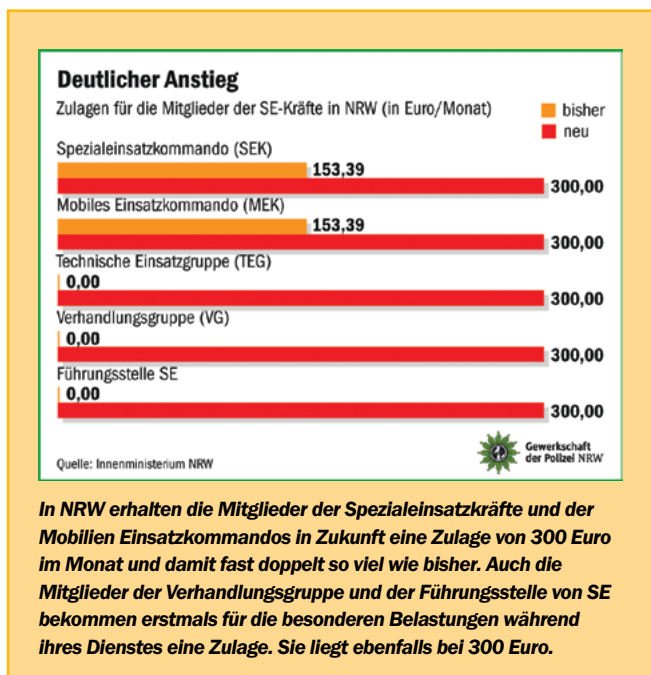
Höhere Zulagen durchgesetzt

Mehr als 20 Jahre – seit 1995 – war in NRW die Zulage, die die Mitglieder der Spezialeinsatzkommandos (SEK) und der Mobilien Einsatzkommandos (MEK) bekommen, auf 153,39 Euro

eingefroren. Auch die Verlagerung der Zuständigkeit für die Besoldung durch die Föderalismusreform auf das Land hat daran nichts geändert. Die niedrige Zulage ist einer der Gründe,

warum es im Moment schwierig ist, für die in NRW geplanten zusätzlichen MEKs genügend geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu finden. Ein anderer Grund ist die Abwanderung von SE-Kräften zur Bundespolizei. Dort wird bereits seit Längerem eine SEK-Zulage von 400 Euro im Monat gezahlt. Nicht von ungefähr hat die GdP deshalb in den vergangenen Jahren in ihrer Stellungnahme für den Landeshaushalt immer wieder gefordert, dass die Zulage für die Mitglieder des SEK und des MEK deutlich erhöht wird. Das ist auch deshalb erforderlich, weil die Mitglieder der beiden Kommandos oft in Einsätze geschickt werden, in denen ihr Leben unmittelbar bedroht ist oder in denen sie schwere Verletzungen erleiden können. Eine Versicherung zu finden, die zumindest das Verletzungsrisiko abdeckt, ist deshalb teuer.

Mitte November, während der laufenden Debatte über den Landeshaushalt für 2017, hat die Landesregierung die GdP-Forderung aufgegriffen. In Zukunft bekommen die SEK- und MEK-Mitglieder in NRW eine Zulage von 300 Euro im Monat. Die Mitglieder der Technischen Einsatzgruppe, der Verhandlungsgruppe und der Führungsstelle SE bekommen erstmals ebenfalls eine Zulage. Auch sie liegt bei 300 Euro. Mit dieser Entscheidung setzt die GdP eine weitere langjährige Forderung der GdP um. Denn alle SE-Kräfte agieren bei den Einsätzen als Einheit. Angehoben hat die Landesregierung zudem die Zulagen für Taucher, Sprengstoffentschärfer, verdeckte Ermittler und für Beschäftigte, die an Antennen arbeiten.



Anzeige

Willkommen in den Jugendherbergen zwischen NORDSEE und SAUERLAND

NEUE EINSICHTEN,
MEHR TEAMGEIST UND
VIEL VERGNÜGEN!

Gemeinschaft erleben
jugendherberge.de

WIE WIRD EIN JAHRGANG NEUER AZUBIS ZUM TEAM? WIE LERNT SICH DER NACHWUCHS BESSER KENNEN?

Die Jugendherbergen zwischen Nordsee und Sauerland bieten Ihnen kreative, erlebnisreiche Programme, mit denen Ihre Auszubildenden zur verschworenen Gemeinschaft werden. Komfortabel tagen können Sie bei uns auch ohne Programm – sehen Sie selbst: www.tagung-jugendherberge.de

Die JugendHerbergen gGmbH · Woltmershauser Allee 8 · 28199 Bremen
Telefon: 0421 59830-50 · service.nordwesten@jugendherberge.de
DJH LVB Westfalen-Lippe gGmbH · Eppenhauser Straße 65 · 58093 Hagen
Telefon: 02331 9514-0 · info@djh-wl.de



Wir sind die GdP

Ein Einblick in das Leben in anderen Ländern und in die Arbeit der Polizei dort erweitert den eigenen Horizont. Diese Erfahrung haben auch Lisa Huxhage (26) und Christian Emmerich (27) gemacht, als sie vom 13. bis 23. Oktober auf Einladung des DGB Köln zehn Tage lang die Favela Santa Theresa im brasilianischen Rio de Janeiro besucht haben. „In Brasilien gibt es ein ungeheures Wohlstandsgefälle. Viele Menschen sind Menschen zweiter Klasse, für die sich keiner interessiert. Und in den Favelas haben die Clan-Chefs das Sagen“, fasst Christian Emmerich seine Eindrücke zusammen.

Beeindruckend war die Reise trotzdem. Denn auch in Rio de Janeiro sind nicht alle Armenviertel unbetretbare No-go-Areas. Beigetragen dazu hat auch die Friedenspolizei, die während der Fußballweltmeisterschaft und den Olympischen Spielen in Brasilien entstanden ist. Ihre Aufgabe ist die Befriedung des Viertels, nicht die Verfolgung jeder einzelnen Straftat. „Das ist schon ein enormer Unterschied“, meint Lisa Huxhage, die seit dem Ende ihrer BePo-Zeit in einem Kriminalkommissariat in Bielefeld arbeitet. „Selbst die Betreuung von Kindern gehört hier manchmal zum Polizeialltag. Kommt es allerdings zum Feuergefecht zwischen verfeindeten Gruppierungen, ziehen sich die Kollegen zurück und überlassen stattdessen Spezialeinheit der Militärpolizei den Einsatz.

Man muss sich das erst einmal klarmachen!“

Können wir von Brasilien etwas lernen? „Auf jeden Fall!“ – da sind sich beide sicher. „Auch bei uns wird die Schere zwischen



Arm und Reich immer größer. Was das bedeutet, kann man gut in Duisburg beobachten“, meint Christian Emmerich, der in der dortigen Hundertschaft eingesetzt ist. „Auch wir stoßen an unsere Grenzen.“

Interessant war die Reise auch wegen der anderen Teilnehmer der zwölköpfigen Reisegruppe, darunter nicht nur aktive Mitglieder des Kölner DGB-Projekts gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, sondern auch ein Kölner Ultra. „Normalerweise würde ein Polizist und ein Ultra nicht miteinander reden. In Brasilien waren wir sogar in einem gemeinsamen Zimmer untergebracht“, sagt Christian Emmerich. „Ich will den Kontakt zu ihm halten, auch wenn das durch die ständigen BePo-Einsätze nicht einfach ist.“

Neue Homepage mit vielen zusätzlichen Funktionen



Frischer und moderner – das war der Anspruch, den die GdP selber an ihren neuen Internetauftritt gestellt hat. Die einzelnen Dokumente und Infos sollten nicht nur leichter zugänglich, sondern auch von überall her abrufbar sein, auch von unter-

wegs vom Smartphone und vom Tablet aus. Das Ergebnis kann jeder seit Ende November auf der Homepage des Landesbezirks verfolgen.

Auf der Startseite werden die aktuellen News über einen Slider präsentiert, der einen ständigen Wechsel zwischen den einzelnen Themenbereichen ermöglicht. Auch der Zugriff auf die aktuellen Pressemitteilungen, die Stellungnahmen des Landesbezirks zu aktuellen politischen Debatten sowie zu den wichtigen Hintergrundinfos wie die GdP-Grafik und den Infobroschüren des Landesbezirks sind jetzt mit wenigen Klicks erreichbar. Auch wer wissen will, welche Events und Vorteilsaktionen die GdP ihren Mitgliedern aktuell bietet, findet sie jetzt mit einem Klick.

Neu ist auf der Startseite auch eine interaktive NRW-Karte, die einen direkten Zugriff auf den Internetauftritt der Kreisgruppen bietet. Weitere Funktionen, wie die Möglichkeiten auf dem Rechner oder Smartphone in

den Infobroschüren der GdP zu blättern, werden in den kommenden Wochen folgen. Im Januar startet der Landesbezirk zudem seine neuen Social-Media-Kanäle. Auch sie werden direkt mit der Homepage verknüpft, damit die GdP von überall her auf allen Kanälen erreichbar ist.

Angelehnt ist das neue Webdesign des Landesbezirks an den neuen Internetauftritt der Bundes-GdP – ergänzt um die spezifischen NRW-Elemente. Darunter auch die landestypischen Farben „Grün-Weiß-Rot“. Denn jeder, der die NRW-Seite der GdP besucht, soll sofort auf einem Blick erkennen, wo er ist.

Auch die fast fünfzig Kreisgruppenseiten, mit denen der Landesbezirk NRW online ist, werden nach und nach auf den neuen Internetauftritt umgestellt. Die enge Verknüpfung von lokalen Kreisgruppen-News und überregionalen Landes-News bleibt dabei auch in Zukunft erhalten, damit niemand lange nach den richtigen Informationen suchen muss.



Meine GdP und ich!

Tolle Events in 2017

Die GdP ist für ihre Mitglieder nicht nur in beruflichen und politischen Belangen ein starker Partner, sondern sie bietet darüber hinaus das ganze Jahr über tolle Angebote und Aktionen. Egal



ob Jung oder Alt, Sportler oder Bücherwurm, alleine oder mit Freunden, für jeden ist im gerade frisch erschienenen Eventkalender 2017 wieder etwas dabei. Neben den Klassikern der Vorjahre gibt es dabei

auch Neues zu entdecken: Alle Golfreunde können sich auf den ersten GdP-Golf-Cup freuen und auch unsere kletterbegeisterten Mitglieder werden ebenfalls auf ihre Kosten kommen. Wer es lieber etwas ruhiger angehen lässt, für den ist vielleicht unser Schneewochenende im Januar oder unsere Krimilesung genau das Richtige. Aber natürlich dürfen auch unsere beliebten traditionellen Aktionen wie das BePo-Fußballturnier, das Skatturnier oder das

Motorradfahrersicherheitstraining 2017 nicht fehlen. Ebenso wie unser beliebter GdP-Familientag. Er findet in diesem Jahr im Freizeitpark Fort Fun statt und bietet neben tollen Attraktionen und Fahrgeschäften auch eine GdP-BBQ-Meile, eine Kinderrallye mit tollen Preisen und Kinderschminken an.

Die Eventkalender gibt es bei allen Kreisgruppen vor Ort und zum Download auf der Homepage des Landesbezirks: www.gdp-nrw.de.

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 2.1. Karl Heinz Vogel, Breckerfeld
- 3.1. Maria Theresia Knoop, Meschede
- Hermann Radloff, Düsseldorf
- 4.1. Ruth Heidkamp, Minden
- 8.1. Maria Walke, Ibbenbüren
- 10.1. Maria Zensen, Rheinbach
- 13.1. Paul Sander, Dortmund
- 22.1. Rudi Besser, Köln
- Hermann Hartmann, Mönchengladbach
- 23.1. Helmut Dorka, Herne
- 24.1. Heinz Winterstein, Buchholz
- 25.1. Carmen Schiefer, Leichlingen
- 26.1. Gerhard Tamschick, Schwelm

91. Geburtstag

- 9.1. Helga Schopmann, Coesfeld
- 23.1. Lotte Franzen, Duisburg
- Gertrud Schleuter, Xanten
- 25.1. Hilde Merten, Bad Honnef
- 31.1. Martha Nietgen, Bonn

92. Geburtstag

- 1.1. Friedrich Kallert, Herne
- 3.1. Erich Kuckelkorn, Mönchengladbach
- 10.1. Hans Scheidung, Krefeld
- 12.1. Elisabeth Engelhart, Wuppertal
- 13.1. Johann Odenthal, Wangels
- 20.1. Friedhelm Kötter, Wuppertal
- 24.1. Manfred Zosel, Köln
- 25.1. Christa Wedel, Neuss

93. Geburtstag

- 14.1. Maria Trebels, Bad Honnef

94. Geburtstag

- 2.1. Günter Petrausch, Hürth
- 6.1. Irmgard Makovski, Gelsenkirchen
- 27.1. Heinrich Kurth, Erftstadt

95. Geburtstag

- 7.1. Kurt Kaltenbach, Gelsenkirchen
- 12.1. Martha Siptroth, Iserlohn
- 13.1. Josef Nowak, Herne
- 20.1. Fritz Wettstein, Düsseldorf
- 24.1. Leo Kowalski, Dortmund
- 25.1. Lina Helene Schneider, Remscheid

96. Geburtstag

- 1.1. Horst Fritz, Viersen
- 10.1. Erich Tarnow, Köln
- Anneliese Wiggers, Wuppertal
- 11.1. Werner Korf, Münster
- 15.1. Gertrud Reiners, Neuss
- 16.1. Johann Rochhold, Selm
- 22.1. Marianne Matheus, Hanau

97. Geburtstag

- 9.1. Gertrud Voessing, Kall
- 18.1. Helene Fritsching, Unna

98. Geburtstag

- 6.1. Margarete Köhlkamp, Recklinghausen
- 20.1. Käthe Kortewille, Mülheim

103. Geburtstag

- 5.1. Edeltraud Gulgowski, Oberhausen

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss der Februar-
Ausgabe ist der 6. Januar.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de



Urlaub schon gebucht?

Noch nicht? Dann buchen Sie jetzt
Ihren Traumurlaub in dem Reisebüro,
in dem sich Ihre GdP-Mitgliedschaft
für Sie auszahlt!

Rufen Sie uns an.
Wir freuen uns auf Sie!

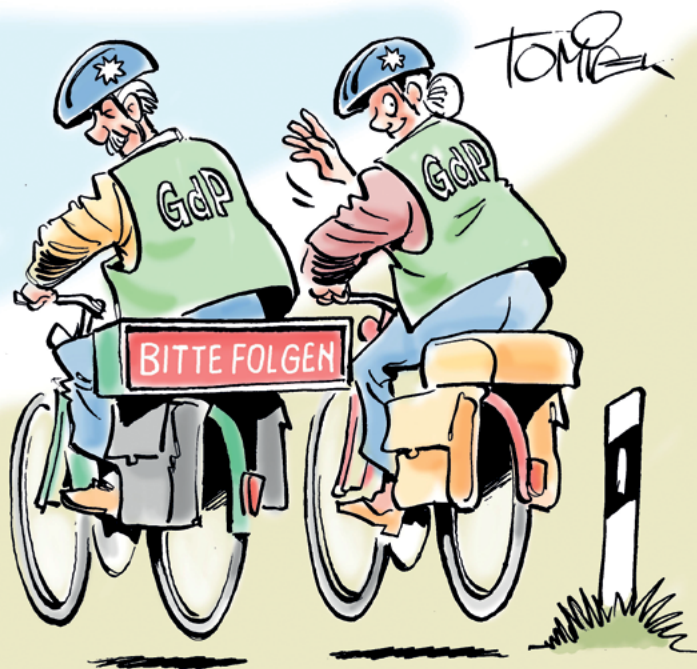


GdP Reiseservice

0211/29101 - 44/-45/-63/-64

www.gdp-reiseservice.de

pinguin@gdp-reiseservice.de
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf



Das Berufsleben ist zu Ende, das Gewerkschaftsleben aber noch lange nicht! Wer bei der Polizei gearbeitet hat, schließt dort auch Freundschaften, und die halten oft ein Leben lang. In 56 der 61 Kreisgruppen der GdP gibt es deshalb eigene Seniorenvorstände. Sie stehen nicht nur mit Rat und Tat bei allen Fragen rund um die Themen Versorgung, Beihilfe und Vorsorgevollmachten zur Seite, sondern organisieren auch regelmäßig Treffen und Ausflüge mit den früheren Kolleginnen und Kollegen. Was es gibt und wo es das gibt, steht im Seniorenkalendar 2017.

Save the Date

2017 bietet die GdP ihren Mitgliedern nicht nur mehr als 70 Seminare zu nahezu allen Themen und Arbeitsbereichen in der Polizei an, sondern auch erneut vier eintägige Fachforen zu den zentralen Handlungsfeldern der Polizei. Für zwei der vier Foren steht das Tagungsdatum bereits fest:

Los geht's am 2. März mit dem landesweiten Forum für den Wach- und Wechseldienst. Am 29. Juni folgt dann das Kriminalforum 2017. Beide Foren finden in Düsseldorf statt. Weiter geht es am 27. September mit dem Verkehrsforum 2017 und am 17. November mit dem diesjährigen Ausbildungsforum.

Die Themen der einzelnen Foren und die genauen Details zum Tagungsablauf und Tagungsort werden frühzeitig in der Deutschen Polizei und auf der Homepage des Landesbezirks bekannt gegeben.

Glücksnummern des Monats

45 4430
Jörg Liesendahl, Bergisches Land
45 4422
Ulrich Neudeck, Köln
45 3094
Roland Kirschhausen, Bonn
45 3104
Irmgard Sonnenburg, Oberberg

Die Gewinner im Januar erhalten eine GdP-Tasse.

GdP aktiv

09.01., After Work Party, 16:00 Uhr, Gaststätte Poorte Jäntje, Voßstr. 94, Goch

11.01., Neujahrskaffee, 15:00 Uhr, Hotel Litjes, Pfalzdorferstr. 2, Goch

18.01., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Minden-Lübbecke, 16:30 Uhr, Landhaus Rohlfing, Bergkirchener Straße 100, Minden-Uphausen

18.01., Skat- und Knobelturnier der Kreisgruppe Soest, 18:00 Uhr, Haus Rasche-Neugebauer, Wilhelmstraße 1, Bad Sassendorf

19.1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Heinsberg, 14:30 Uhr, Gasthaus Sodekamp-Dohmen, Breite Str. 3, Hückelhoven-Hilfarth

31.1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Mettmann, 14:00 Uhr, KPB Mettmann, Raum 134/135, Adalbert-Bach-Platz 1, Mettmann

31.1., Mitgliederversammlung Kreisgruppe Ennepe-Ruhr, 15:00 Uhr, Berghauser Hof, Hattinger Str. 121, Schwelm

Senioren aktuell

Kreisgruppe Köln

19. Januar, 14:00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Georgstr. 2-4/Ecke Waidmarkt, 50676 Köln, MdL Andreas Kossiski informiert über die Tätigkeit im Landtag

NACHRUFE

Paul Amann	01.12.1932	Aachen	Helmut Rautenberg	05.09.1937	Hagen
Friedrich Tenzer	15.06.1933	Bielefeld	Klaus Blotevogel	22.11.1960	Herford
Ewald Faber	08.01.1926	Bochum	Dieter Klinger	28.12.1950	Köln
Theodor Kraushaar	14.08.1934	Bochum	Hans-Dieter Mauer	23.04.1937	Köln
Ruth Franciszkowski	30.05.1921	Dortmund	Gerhard Strunk	20.04.1935	Köln
Albrecht Koal	23.10.1942	Duisburg	Detlef Uschmann	06.07.1961	Köln
Helmut Schröder	01.12.1930	Essen/Mülheim	Anneliese Heinich	16.03.1947	Märkischer Kreis
Hugo Timmer	12.12.1916	Essen/Mülheim	Dietrich Brede	27.06.1922	Mettmann
Inge Killich	28.05.1923	Gelsenkirchen	Hans Altmann	10.08.1927	Münster
Ludowika Niß	17.11.1912	Hagen	Friedrich Burmeister	29.12.1936	Olpe

